



Detailansicht des Registereintrags

Digitale Gesellschaft

Aktuell seit 26.03.2026 20:42:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000049
Ersteintrag:	13.01.2022
Letzte Änderung:	26.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	26.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Großbeerenstraße 89 10963 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493045085018 E-Mail-Adressen: info@digitalegesellschaft.de Webseiten: https://digitalegesellschaft.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Lars Bretthauer**
Funktion: Vorstand
2. **Dr. Louisa Zech**
Funktion: Vorstand
3. **Konstantin Macher**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Thomas Jennissen**
2. **Sebastian Marg**
3. **Konstantin Macher**

Gesamtzahl der Mitglieder:

55 Mitglieder am 19.03.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

1. EDRi - European Digital Rights

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Werbung; Öffentliches Recht; Verwaltungstransparenz/Open Government; E-Commerce

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Digitale Gesellschaft e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit seiner Gründung im Jahr 2010 für Grundrechte und Verbraucherschutz im digitalen Raum einsetzt. Zum Erhalt und zur Fortentwicklung einer offenen digitalen Gesellschaft engagiert sich der Verein gegen den Rückbau von Freiheitsrechten im Netz, gegen alle Formen von Überwachung und für die Realisierung digitaler Potentiale bei Wissenszugang, Transparenz, Partizipation und kreativer Entfaltung.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Digitaler Gewaltschutz

Beschreibung:

Gewaltschutz im Internet ist weiterhin nicht zielführend geregelt. Die entsprechenden Initiativen aus der vergangenen Legislatur sind nicht umgesetzt worden, sollten aber wieder aufgenommen werden.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Meinungs- und Pressefreiheit [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]

2. Abschaffung Hackerparagraph

Beschreibung:

Die §§ 202a ff StGB sind dringend reformbedürftig um Sicherheitsforschung Rechtssicherheit zu geben und das verantwortungsvolle Aufdecken von Sicherheitslücken zu entkriminalisieren. Wir treten für die Streichung des "Hackerparagraphen" ein.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [[alle RV hierzu](#)]

3. Europäische Verordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (sogenannte Chatkontrolle)

Beschreibung:

Unsere Bemühungen um Einflussnahme beziehen sich im Wesentlichen auf die Positionierung der Bundesregierung im Rat, dem als Teil der europäischen Gesetzgebung eine wesentliche Bedeutung zukommt. Die Verhandlungen im Rat sind äußerst kontrovers und die Positionierung der Bundesregierung bzw. ihrem Abstimmungsverhalten ist entscheidend für das Gesetzesvorhaben, das wir in der von der Kommission vorgeschlagenen Form entschieden ablehnen. Auch der Bundestag hat sich sowohl im Plenum wie auch im Digitalausschuss bereits mit dem Verordnungsentwurf beschäftigt.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; Internetpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kommunikations- und Informationstechnik [[alle RV hierzu](#)]; Meinungs- und Pressefreiheit [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [[alle RV hierzu](#)]

4. Gegen die Vorratsdatenspeicherung

Beschreibung:

Der Referentenentwurf sieht die Ausweitung der Befugnisse zur Erhebung von Nutzer- und Bestandsdaten sowie eine dreimonatige Speicherpflicht für spezielle Verkehrsdaten vor. Wir

wenden uns seit Jahren gegen eine allgemeine Vorratsdatenspeicherung und lehnen den Referentenentwurf entschieden ab.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]; TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

5. Sicherheitspaket verhindern

Beschreibung:

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung die KI-gestützte automatisierte Datenverarbeitung auf Grundlage umfassender Datenbestände sowie die Befugnis zum Abgleich biometrischer Daten mit Daten aus dem Internet für verschiedene Behörden. Wir versuchen diese Maßnahmen zu verhindern und das Parlament zu einer den Grundrechten verpflichteten Innenpolitik zu bewegen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur zur Änderung der Strafprozessordnung - digitale Ermittlungsmaßnahmen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.03.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

6. Sicherheitspaket verhindern

Beschreibung:

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung die KI-gestützte automatisierte Datenverarbeitung auf Grundlage umfassender Datenbestände sowie die Befugnis zum Abgleich biometrischer Daten mit Daten aus dem Internet für verschiedene Behörden. Wir versuchen diese Maßnahmen zu verhindern und das Parlament zu einer den Grundrechten verpflichteten Innenpolitik zu bewegen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung digitaler Ermittlungsbefugnisse in der Polizeiarbeit (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.03.2026

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKAG 2018 [alle RV hierzu]; BGSG 1994 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

7. Sicherheitspaket verhindern**Beschreibung:**

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung die KI-gestützte automatisierte Datenverarbeitung auf Grundlage umfassender Datenbestände sowie die Befugnis zum Abgleich biometrischer Daten mit Daten aus dem Internet für verschiedene Behörden. Wir versuchen diese Maßnahmen zu verhindern und das Parlament zu einer den Grundrechten verpflichteten Innenpolitik zu bewegen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung digitaler Ermittlungsbefugnisse zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.03.2026

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKAG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

8. Sicherheitspaket verhindern**Beschreibung:**

Mit einer Reihe von Gesetzesänderungen plant die Bundesregierung die KI-gestützte automatisierte Datenverarbeitung auf Grundlage umfassender Datenbestände sowie die Befugnis zum Abgleich biometrischer Daten mit Daten aus dem Internet für verschiedene Behörden. Wir versuchen diese Maßnahmen zu verhindern und das Parlament zu einer den Grundrechten verpflichteten Innenpolitik zu bewegen.

Referentenentwurf:

Gesetz für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 03.03.2026

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ZFdG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. European Digital Rights (Brüssel)

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zwei Grants, die der europäische Dachverband EDRi der Digitalen Gesellschaft zur Unterstützung ihrer Arbeit gewährt hat:

- 12.500 € aus dem "Telecommunications Surveillance Fund" (Arbeit zu Spyware und verschlüsselter Kommunikation)

- 7.999 € zur "Organisational Development" als Zuschuss zu einem Prozess der Organisationsentwicklung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Taetigkeitsbericht-2024.pdf

Eigener Verhaltenskodex

2025-12-KI-und-Solidaritaet-White-Paper.pdf